

Initiative für eine geschlechtergerechte
Haushaltsführung in Berlin



**Was ist
Gender Budgeting?**

Die Strategie Gender Budgeting verfolgt das Ziel eines geschlechtergerechten Haushalts. Ihr liegt die Annahme zugrunde, dass die bisher vorherrschende geschlechtsblinde Haushaltspolitik ungerechte Verteilungseffekte hat und gesellschaftliche Unterschiede teilweise noch verstärkt – anstatt im Sinne des staatlichen Gleichstellungsauftrages zu wirken. Deswegen soll es mit Gender Budgeting zu einer gerechteren Verteilung der Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Haushalte kommen.

Gender Budgeting

- macht geschlechtsspezifische Auswirkungen von Haushaltspolitik sichtbar und hilft – falls nötig – bei einem Umsteuern des Haushalts.
- ist ein Steuerungsinstrument für eine gerechte Geschlechterpolitik.
- ist kein Mittel zur Sparpolitik, sondern fordert eine neue und geschlechtergerechte Prioritätensetzung.
- ersetzt nicht frauenspezifische Maßnahmen.

Grundgedanken:

- Es gibt keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik!
- Jeder öffentliche Haushalt hat geschlechtsspezifische Auswirkungen!
- Geschlechtsblinde Haushaltspolitik verfestigt und vergrößert Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern!

Das englische Wort **Budget** steht für den (öffentlichen) Haushalt. Der Begriff **Gender** bedeutet Geschlechterverhältnis und bezeichnet die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen – jeweils in ihrer Vielfalt. Ein Ausdruck des ungleichen Geschlechterverhältnisses ist auch die unterschiedliche Verteilung öffentlicher Mittel auf Frauen und Männer in ihrer jeweiligen Unterschiedlichkeit. Die Analyse und Umverteilung öffentlicher Haushalte aus einer Geschlechterperspektive bedeutet daher nicht, ein separates Frauenbudget zu schaffen, sondern aus einer Perspektive, die das Geschlechterverhältnis zugrunde legt, auf **mehr Gerechtigkeit** hinzuwirken. Voraussetzung sind dabei aber immer aussagekräftige Daten über Geschlechterverhältnisse, wie etwa geschlechtsspezifische Statistiken für die jeweiligen Politikbereiche.

Unbezahlte Arbeit (z. B. Sorge um Pflegebedürftige oder Hausarbeit) wird bis heute zum größten Teil von Frauen geleistet. Gleichzeitig weisen Studien darauf hin, dass Männer insgesamt in stärkerem Maße von staatlichen Ressourcen profitieren. Dies bleibt bis heute bei der Verteilung öffentlicher Mittel unberücksichtigt.

Bei Gender Budgeting wird beispielsweise gefragt:

- Wie wirken sich bestimmte politische Strategien und Entscheidungen der Finanzpolitik aus? Wer zieht daraus Vor- und Nachteile?
- Wie sind Frauen und Männer von Ausgaben und Einsparungen öffentlicher Haushalte unterschiedlich betroffen und welche Effekte hat das?
- Welche Auswirkungen haben Strategien und Entscheidungen der öffentlichen Hand auf die bezahlten, aber auch unbezahlten Tätigkeitsbereiche?

Ein geschlechtergerechter Haushalt:

- verteilt Ressourcen zielgenauer!
- fördert Demokratie und Transparenz!
- wirkt Korruption und Armut entgegen!

Gender Budgeting ist Gender Mainstreaming in der Finanzpolitik.

Das heißt: Wie Gender Mainstreaming ist Gender Budgeting eine Strategie, die aufgrund der gesellschaftlichen Realität mit frauenspezifischen Maßnahmen einhergeht. Der Maßstab für einen geschlechtergerechten Haushalt liegt dabei nicht im Haushalt selbst, sondern bedarf jeweils einer Bestimmung der politischen Zielsetzung und der Einbindung in ein geschlechterpolitisches Gesamtkonzept. Dabei ergänzen sich Gender Budgeting und Gender Mainstreaming mit Frauenpolitik. Eine Einbeziehung von BürgerInnen und ExpertInnen sichert die nötige Transparenz des Umsetzungsprozesses.

Die Initiative

Die „Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin“ entstand im Mai 2001. Seit ihrem Bestehen hat sie auf Berliner Ebene Lobbyarbeit für die Einführung von Gender Budgeting geleistet. Ihr Ziel ist es, Gender Budgeting auf kommunaler, Landes- und Bundesebene in Deutschland zur Anwendung zu bringen.

Die Initiative engagierte sich aktiv im Vorfeld der Wahlen vom Oktober 2001, um Gender Budgeting in den Wahlkampf der Parteien einzubringen. Ein erster Schritt war ein Offener Brief an die Berliner Parteien und Regierungsverantwortlichen, der von 104 Einzelpersonen und 26 Vereinen und Verbänden in Berlin unterzeichnet wurde.

Zusammen mit Frauen aus unterschiedlichen Parteien konnte ein Senatsbeschluss für die Umsetzung in Berlin erwirkt werden. In den folgenden Monaten führte die Initiative zahlreiche Gespräche mit Politik und Verwaltung durch, um Gender Budgeting tatsächlich in Gang zu bringen.

Der Initiative hat einen Sitz in der Landeskommission Gender Mainstreaming als Vertretung der Nichtregierungsorganisationen. Unter der Landeskommission arbeiten drei Arbeitsgruppen: Gender Budget, Geschlechtsspezifische Statistiken und Verwaltungsreform. Die Rolle der Initiative in der Landeskommission ist die einer konstruktiv-kritischen Begleitung.

Die Berliner Umsetzung

Beschlußlage

- 16. Mai 2002: Senatsbeschluss für ein Umsetzungskonzept für Gender Mainstreaming „zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Berliner Verwaltung“
- 28. Juni 2002: Entscheidung des Berliner Abgeordnetenhauses zur Einführung von Gender Budgeting, dieser Beschluss enthält die Aufforderung an den Senat, „die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei der Vorlage der Haushaltspläne künftig die Gesamtbreite der jeweiligen Haushaltsansätze Gegenstand einer gendersensiblen Analyse und Berichterstattung gegenüber dem Hauptausschuss wird“
- 31. August 2004: Senatsbeschluss zur Umsetzung von Gender Budgeting in der zweijährigen Hauptphase anhand ausgewählter Titel bzw. Produkte vorbereitend zur Haushaltsaufstellung 2006.

Strukturelle Verankerung

- seit Mai 2003: Landeskommission Gender Mainstreaming
- auf Beschluß der Landeskommission seit Juli 2003:
Die verwaltungs- und ressortübergreifende Arbeitsgruppe Gender Budget

AG Gender Budget

- erarbeitet konkrete Umsetzungsvorschläge zur gendersensiblen Gestaltung des Haushaltsentwurfes 2006
- berichtet jährlich über die Einführung der finanzpolitischen Instrumente vor dem Berliner Abgeordnetenhaus

Pilotprojekte der ersten Pilotphase bis Juni 2004

Pilotprojekte auf Senatsebene

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen

Pilotprojekte auf Bezirksebene

- Umsetzungsbeschlüsse zu Gender Budgeting durch die Bezirksverordnetenversammlung in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Lichtenberg, Pankow, Marzahn-Hellersdorf und Tempelhof-Schöneberg
- aktive Teilnahme an der Berliner Pilotphase: Lichtenberg, Tempelhof-Schöneberg, Marzahn-Hellersdorf

In der Pilotphase bis Juni 2004 wurde die geschlechterdifferenzierte Nutzenanalyse angewendet sowie auf weitestgehend vorhandene Daten zurückgegriffen. Dieser schmale Einstiegsansatz wurde aus pragmatischen Gründen gewählt, um für die beteiligten Pilotverwaltungen die Machbarkeit von Gender Budgeting zu verdeutlichen und ihre Motivation zu erhöhen.

In der zweijährigen Hauptphase nehmen weitere Senatsverwaltungen und Bezirke teil. Herausforderung für diese Phase wird es sein, den Analyseansatz auch auf qualitative Fragestellungen und die Erhebung spezifisch notwendiger neuer Daten auszuweiten.

Unsere Forderungen

- Die rasche Umsetzung des Senatsbeschlusses mit dem Ziel einer geschlechtergerechten Haushaltsführung in Berlin.
- Für die zweite Pilotphase: Durchführung von Gender-Budget-Analysen und qualitativen politischen sowie öffentlich partizipativen Debatten über deren Bewertung anhand ausgewählter Produkte in allen Senats- und Bezirksverwaltungen.
- Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen für die Umsetzung, insbesondere für Maßnahmen zur Erhöhung von Gender-Kompetenz.
- Definition von politischen Zielen und Kriterien für geschlechtergerechte Haushalts- und Finanzpolitik.
- Erhöhung der Transparenz von Haushaltsgestaltung und Stärkung der Partizipation der Bevölkerung, insbesondere von Lesben/Frauen-, Mädchen- und MigrantInnenorganisationen sowie ExpertInnen.
- Vergabe von Aufträgen für Gender-Budget-Analysen an unabhängige Einrichtungen.
- Veröffentlichungen und öffentliche Debatten der Ergebnisse von Gender-Budget-Analysen.
- Beschluss eines verbindlichen Zeitplans mit Zielvorgaben, der zu einer geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Mittel führt.
- Monitoring und regelmäßige Evaluation des Umsetzungsprozesses.
- Eine politische Weichenstellung auf der Basis der Analyse-Ergebnisse.

Die Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin ist dankbar für Unterstützung. Insbesondere brauchen wir neue MitstreiterInnen.

Kontakt und weitere Informationen

Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin
info@gender-budgets.de
www.gender-budgets.de oder www.gender-budgeting.de

Marion Böker | Schillingstrasse 3 | 13403 Berlin | Tel/Fax: 0 30/41 70 20 11
Dr. Regina Frey | Tel.: 0 30/81 79 77 77

Spendenkonto | Postbank Hannover

Konto: 244 168 303 | BLZ: 250 100 30 | Inhaberin: Iciar Oquiñena